Oberbergischer Kreis

Der Landrat
Amt für Finanzwirtschaft und Kommunalaufsicht
Dienstgebäude: Moltkestraße 42
51643 Gummersbach

→ Sie erreichen das Dienstgebäude mit den Buslinien des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg, Haltestelle Rathaus.
→ Zum Parken nutzen Sie bitte die Parkmöglichkeiten am Kreishaus und die Parkhäuser in unmittelbarer Umgebung des Dienstgebäudes

Oberbergischer Kreis - Der Landrat - 51641 Gummersbach

Bürgermeister

im Oberbergischen Kreis

Auskunft erteilt: Herr Koester
Zimmer-Nr.: 14-07
Geschäftszeichen: 20
Durchwahl:
Tel. (0 22 61) 88-2001
Fax (0 22 61) 88-2018

Datum: 11.09.2006

Haushalt 2006 sowie 2007 und HSK des Oberbergischen Kreises
Belastungen durch Hartz IV

Sehr geehrte Herren Bürgermeister,

mit Verfügung vom 12.07.2006 hat der Regierungspräsident das bis 2012 aufgestellte HSK des Oberbergischen Kreises genehmigt.

Aufgrund seiner finanziellen Auswirkungen ist das Thema Hartz IV Schwerpunkt dieser Genehmigung. Sowohl in 2005 als auch in 2006 und den Folgejahren hat der Kreis Hartz IV in der Weise veranschlagt, dass unter Berücksichtigung des Bundesanteils an den Leistungen für Unterkunft und Heizung und der Zuweisung des Landes aus Wohngeldeinsparungen sowie Wenigerausgaben bei der verbliebenen Hilfe zum Lebensunterhalt und Verbesserungen bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende keine ungedeckten Aufwendungen im Kreishaushalt verblieben bzw. verbleiben werden. Damit beinhaltet diese Veranschlagung keine Belastung der Kommunen durch Hartz IV.

Tatsächlich zeigte das Rechnungsergebnis 2005 eine Belastung aus Hartz IV von rd. 4 Mio. €. Die Gründe hierzu sind bekannt.

Im Frühsommer 2006 geführte intensive Gespräche mit der oberen und obersten Aufsichtsbehörde im Innenministerium haben sehr deutlich gemacht, dass mit einer über den Umfang aus 2005 hinausgehenden Beteilung des Bundes (29,1%) nicht zu rechnen ist. Vielmehr wird sogar eine Reduzierung nicht ausgeschlossen. Hinsichtlich der Erstattung des Landes aus eingesparten Wohngeldmitteln ist davon auszugehen, dass der Betrag aus 2005 (2,4 Mio. €) in 2006 um rd. 600 T€ höher ausfallen wird.

Der Kreis wird damit auch in 2006 die neutrale Veranschlagung im Ergebnis nicht halten können. Es ist mit nicht abgedeckten Aufwendungen aus Hartz IV in einer Größenordnung von rd. 6,4 Mio. € am Jahresende zu rechnen.

Kreissparkasse Köln
Kto. 0 341 000 109
BLZ 370 502 99

Sparkasse Gummersbach-Bergneustadt
Kto. 190 413
BLZ 384 500 00

Postbank Köln
Kto. 456-504
BLZ 370 100 50

Telefon (0 22 61) 88-0*
Telefax (0 22 61) 88-1033
Telex 8 84 418

Bitte beachten Sie: Wir haben gleitende Arbeitszeit. Sie erreichen uns am besten telefonisch montags - freitags von 8.30 - 12.00 Uhr und montags - donnerstags von 14.00 - 15.30 Uhr

Besuchszeiten: Mo. - Fr. 8.00 - 12.00 Uhr, Mo. - Do. 13.00 - 16.00 Uhr und nach Vereinbarung

Der Regierungspräsident lässt keinen Zweifel daran, dass die in 2006 erfolgte „neutrale", d.h. nicht kreisumlagewirksame Verschlagung, nach den Erfahrungen aus 2005 nur mit äußerstem Entgegenkommen so bestehen bleiben konnte und es somit nicht schon zu einer entsprechenden Kreisumlageerhöhung im zweiten Halbjahr 2006 kommen musste. Er verlangt ab dem Haushaltsjahr 2007, dass die Mehrbelastungen, die nicht durch Erstattungsleistungen des Bundes oder des Landes ausgeglichen werden, mit der Kreisumlage auszugleichen sind.

Im Hinblick darauf, dass auch Sie sich in Ihren Rathäusern derzeit mit der Aufstellung des nächstjährigen Haushaltes befassen, möchte ich bereits heute auf diese für die Kommunen finanziell bedeutsame Problematik hinweisen.

Gehen Sie bitte davon aus, dass nach derzeitigen Rahmenbedingungen und Fallzahlen eine Größenordnung von jeweils rd. 6 bis 7 Mio. € aus Hartz IV aus den Jahren 2006 und 2007 über die Kreisumlage 2007 auszugleichen sind. Dies bedeutet eine Mehrbelastung von rd. 5 %-Punkten in 2007.

Wie Ihnen aufgrund der HSK-Planung des Kreises bekannt ist, muss der Kreis die Kreisumlage 2007 ohnehin auf 44,33 % erhöhen, um den vom Regierungspräsidenten geforderten strukturellen Ausgleich zu erreichen. Mit den zuvor dargestellten jetzt erkennbaren zusätzlichen Belastungen aus Hartz IV wird sich die Kreisumlage für das Jahr 2007 voraussichtlich in einer Größenordnung von 49 % bewegen.

Dabei ist noch nicht klar, in welcher Höhe sich Bund und Land in 2007 und den Folgejahren an den Aufwendungen aus Hartz IV beteiligen werden. Die entsprechenden Erörterungen zum Gesetzgebungsverfahren für 2007 ff. laufen gerade an. Ich gehe davon aus, dass bei der Erörterung des Kreishaushaltes im November Konkreteres vorliegt. Beteiligungsreduzierungen des Bundes sind allerdings zu befürchten.

Aufgrund dieser katastrophalen Finanzsituation habe ich erneut am 06. dieses Monats mit dem RP ein Gespräch geführt mit der Absicht, zumindest eine weitere Streckung des HSK zu erreichen. Zwar hat man eine Prüfung zugesagt, doch mir gleichzeitig wenig Aussicht auf Erfolg signalisiert.

Sehr geehrte Herren Bürgermeister,
ich halte es aber für wichtig, Sie bereits heute über den Stand der Dinge zu unterrichten, auch wenn sich die Zahlen natürlich noch ändern können. Die Eckdaten zum Kreishaushalt 2007 werde ich Ihnen Ende Oktober zuleiten.

Wir sollten alle, nach Möglichkeit gemeinsam, jede Gelegenheit nutzen, gegen diese unheilvolle Entwicklung anzugehen.

Mit freundlichen Grüßen

Hagen Jobi
Landrat